

Kamen, 6.12.2018

Rede zum Entwurf des Haushalts 2019

Heute ist Nikolaus – und da habe ich mich gefragt, ob es denn ein Zufall ist, dass sich der Rat der Stadt Kamen schon zum zweiten Mal hintereinander an Nikolaus trifft, um den Haushalt zu verabschieden. Für meine Lebensgefährtin war das klar: Das kann kein Zufall sein! Der Grund ist euer Wunsch nach einem großen Nikolausstiefel, in dem vieles steckt, was die Menschen in Kamen sich wünschen:

- Attraktive Bäder, damit die Kinder schwimmen lernen können
- Eine belebte Innenstadt ohne Leerstände
- Attraktive Ortsteile mit vielen Möglichkeiten für die Methleraner und Heerener
- Gut ausgestattete Schulen und Kitas
- Arbeitsplätze
- Ein schnelles Internet
- Straßen, Rad- und Gehwege ohne Schlaglöcher..

Kurzum müsste im Stiefel vor allem Geld stecken. Viel Geld!

Doch ganz so einfach ist das nicht!

Glaubt man den Zahlen des Kämmerers – und wir haben keinen Anlass das nicht zu tun – ist die Sicherung des Kamener Haushalt auf einem guten Weg. Viele Einsparungen und vor allem die exorbitante Erhöhung der Grundsteuer B, deren Hebesatz sich seit 1994 mehr als verdoppelt und sich seit 2011 um fast 60 Prozent erhöht hat.

„Alternativlos“ ist diese eklatante Erhöhung sicherlich nicht – das macht unser Vorschlag deutlich.

Eine noch wichtigere Einnahmequelle für Kamen ist die Gewerbesteuer. Die ist seit 2011 gerade mal um 2 % erhöht worden. Durch die von uns vorgeschlagene Erhöhung würden nicht nur Hausbesetzer und Mieter, sondern auch Unternehmen (die nur einen etwas größeren Teil ihres Gewinnes abführen müssten) zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Diese Unternehmen nutzen schließlich die unter anderem von der Stadt zur Verfügung gestellte Infrastruktur.

Immerhin ist die Stadt mit einigen Monaten Verspätung unserem Antrag des letzten Jahres auf Erhöhung der Vergnügungssteuer inzwischen gefolgt.

Wir leben in einer Zeit, die in vielen Teilen der Welt von einer massiven „Entsolidarisierung“ geprägt ist.

- Menschen kaufen im Internet, weil es so bequem und etwas billiger ist, und beschweren sich dann über die Verödung der Innenstädte.
- Menschen kaufen die Produkte von Konzernen, die sich durch illegale und legale Tricks um ihre Steuerzahlungen herumdrücken.
- Menschen beschweren sich über teure Kulturprogramme, denn jeder kann im Fernsehen doch sehen, was er will.
- Menschen beschweren sich über Steuerzahlungen und beklagen sich über kaputte Schulen und Kitas.
- Einzelne Schulen dürfen sich der großen gesellschaftlichen Aufgabe der Inklusion entziehen.
- Politiker, die in wirtschaftlichen Dingen besonders rigoros reich geworden sind, werden zu Präsidenten gewählt.
- Die Hilfe für Schwache (Flüchtlinge, Obdachlose, Roma) wird in bestimmten Ländern unter Strafe gestellt.
- Rechte nationale Parteien werden stärker, weil gerade das durch sie vertretene Volk angeblich besser ist als andere.
- Und den Klimawandel gibt es nicht, weil ich weiter Autofahren, Fliegen, Produzieren, Gewinne machen will.

Gegen diese Entsolidarisierung gilt es anzugehen, liebe Ratsvertreterinnen und -vertreter und liebe Stadtverwaltung. Und wir alle tun das in vielen Punkten auch seit Jahren.

Denn die Stadt trägt die Schulen. Hier wird viel Geld in die Hand genommen. Gut so! Moderner Unterricht muss eben auch digitale Medien einbeziehen und dazu sind die technischen Voraussetzungen und die Ausstattung der Schulen zu verbessern. Die Renovierung der Gebäude schreitet in Einzelschritten voran.

Denn die Stadt finanziert Kultur für alle – besonders mit dem Museum, der Bücherei und der Musikschule.

Das Jugendamt hilft Kindern und Jugendlichen, die in Not sind. Dazu kommt die wichtige Präventionsarbeit der Jugendzentren.

Das ehemalige JFZ Lüner Höhe und das Bürgerhaus Methler sind für alle Menschen des Wohnbereichs da. Wenn es gelingt, Probleme in diesem Quartier lösen zu helfen, dann sind wir zufrieden!

Eine Form der Entsolidarisierung ist auch die Unterfinanzierung der Kommunen, sind auch die ständigen Verstöße gegen das Konnexitätsprinzip.

Und natürlich die Aussetzung der nach Artikel 106 des Grundgesetzes vorgesehenen Vermögenssteuer. Das Nettoprivatvermögen in Deutschland beträgt zurzeit 12,4 Billionen Euro (und wächst um 11.835 Euro pro Sekunde). Allein das reichste Prozent besitzt ein Vermögen von 4,2 Billionen Euro.

In den letzten Jahrzehnten hat die Bundestagsmehrheit aus SPD/CDU/CSU/FDP und Grünen die Steuern für die Wohlhabenden herabgesetzt. Heute fehlen den Kommunen diese Milliarden für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und sozialen Wohnungsbau!

Unsicherheit bei den Bädern und durch die Bäder

Eine große Unsicherheit stellt die Bäderfrage dar. Über 28 Millionen Euro soll das neue Kombibad kosten. Ursache dieser Planungen war ein Gutachten, das die GSW in Auftrag gegeben hatte (und dessen Einsicht uns verweigert wurde). Es errechnete einen Sanierungsbedarf von 13 Millionen zum langfristigen Erhalt der Kamener Bäder (inclusive Methler).

Es muss voraussichtlich im nächsten Jahr die Abwägung erfolgen: Sanierung oder neu bauen? Beides wird Millionen kosten. Es bleibt nur abzuwarten, wie diese Investitionen zu stemmen sind, wie und mit welchen finanziellen Auswirkungen der Konsortialvertrag geändert wird und natürlich: wie sich dies alles auf zukünftige Haushalte auswirken wird.

Planungen für die Zukunft

Die im Haushalt ausgewiesenen Investitionen tragen wir mit:

- Den Umbau der Käthe-Kollwitz-Schule für die VHS
- das integrierte Handlungskonzept für den Ortsteil Heeren-Werve,
- die Einbindung der Seseke in die Innenstadt.
- auch die 4 Millionen Euro für Umbau sowie Sanierung von Straßen, Brücken, Rad- und Gehwegen.
- Die über vier Millionen Euro für die Grundschulen ebenso wie die Gelder für Sanierungsmaßnahmen für das Gymnasium wie für die Gesamt- und die Realschule.

Allerdings: Es kann nicht sein, dass im Investitionsplan für die Jahre 2020 bis 2022 einerseits über 16 Millionen Euro für das Gymnasium ausgegeben werden sollen und dafür die Sanierungsmaßnahmen für die Gesamtschule und alle anderen weiterführenden Schulen auf „Null“ gesetzt werden. Sanitäreanlagen, Beleuchtung und Elektrik sind in der Gesamtschule in großem Maße sanierungsbedürftig. Und auch für die Grundschulen ist wenig geplant.

Umweltschutz als städtische Aufgabe

Noch immer phantasielos ist der Haushalt im Bereich des Umweltschutzes. Hier ist insgesamt neben „Kompensationsmaßnahmen“ wenig vorgesehen. Hier gilt es, für eine ökologische Politik, die einerseits für Arten- und Klimaschutz durch Bewahrung von Grünflächen oder Entsiegelung eintritt und andererseits Maßnahmen zur Klimafolgeanpassung wie zum Beispiel Gebäude- oder Dachbegrünungen umsetzt. Die Fraktion GAL/Die Linke hofft, dass sich durch den kürzlich vom UKA einstimmig angenommenen Antrag bezüglich der Dachbegrünungen und der Photovoltaik hier zukünftig eine Politik durchsetzt, die sich dem Klimawandel mehr entgegenseht und sich seinen Folgen stellt.

Mehr Grün muss in die Stadt: Bäume und Sträucher statt Beton-, Stein- oder Kieswüsten. Dazu müssen deutlich mehr Anreize zur Müllreduzierung gegeben werden.

Der Zuschuss für die KBG ist trotz der Verquickung der Geschäftsführung mit der Stadtverwaltung auf einem hohen Niveau von 400.000 Euro.

Und dann ist da unsere Innenstadt, in der sich Leerstand an Leerstand reiht. Die Wirtschaftsförderung soll durch mehr Personal gestärkt werden. Aber wir müssen alle darüber nachdenken, wie in Zeiten des Internet-Handels unsere Innenstadt zu retten ist.

Einig sind wir uns mit den Ortsheimatpflegern in der Frage des Erhalts des Gebäudes der alten VHS- Geschäftsstelle am Geist.

Unser Fazit

Der Haushalt ist – soweit wir das beurteilen können – solide gerechnet. Wir haben in den letzten Jahren den Haushalt vor allem auf der Grundlage des Haushaltssicherungskonzepts abgelehnt. Wir haben eine neue Bürgermeisterin – und mit ihr ist eine größere Transparenz in die politische Zusammenarbeit mit der Verwaltung eingekehrt. Die Ratsfraktionen werden über viele Dinge umfassender und früher informiert.

Auch ein Grund - trotz einiger Bedenken – nicht gegen den Haushalt zu stimmen. Wir werden uns enthalten.

Und was ist denn im Nikolaus-Stiefel

Auch unser Dank an die Ehrenamtlichen, die in Kamen gestern bei einer großen Veranstaltung geehrt worden sind. Ohne sie würde unsere Stadt nicht nur ärmer sein, sondern an einigen Stellen auch kaum noch funktionieren.

Und: Gute Wünsche zum Weihnachtsfest!

Vor allem für die 40.000 Menschen im Kreis Unna, die Leistungen nach „Hartz 4“ erhalten, für die, die Sozialgeld oder Einkünfte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. In deren Unterstützungen sind keine Gelder für einen Weihnachtsbaum eingerechnet. Höchstens einer aus Plastik auf dem Ein-Euro-Shop.

Es gilt das gesprochene Wort

Klaus Dieter Grosch

